

MINDESTSTANDARDSTELLEN ERHALTEN!

Sie sind bereits das Mindeste.

Ab 2027 sollen die Mindeststandardstellen zur Koordination der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit entfallen. Das wäre kein Sparen an einer freiwilligen Leistung – es wäre der Abbau einer tragenden Infrastruktur.

Zum Hintergrund

Im Juli 2017 beschloss der Rat der Stadt Köln die „Mindeststandards für Flüchtlingsunterbringung“. Ein großer Baustein dabei war die „Stärkung des Ehrenamts“. Dazu wurden in jedem Bezirk jeweils eine halbe Stelle bei einem Freien Träger und bei der Kommune geschaffen, sowie das Forum für Willkommenskultur und der AK Muslimische Flüchtlingsarbeit.

Ehrenamt hat einen Wert

Angedockt an die Stellen engagieren sich rund **700 Menschen regelmäßig** in der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit. Allein 2024/25 konnten rund **470 neue Engagierte** gewonnen werden.

Jeder dieser Personen engagiert sich im Schnitt 3 Stunden pro Woche, das ergibt:

- über **109.000** Stunden pro Jahr
- und **1.517.880,00 Euro**, die jährlich eingespart wurden, wenn man einen Mindestlohn von 13,90 Euro zugrunde legt.

Stadt und Freie Träger: Das eine funktioniert nicht ohne das andere!

Seit 2018 ist mit dem AK 9 plus ein **stadtweit engmaschiges, flexibles und professionelles Netzwerk** entstanden. Gerade das Zusammenspiel von städtischen Verwaltungsfachkräften und pädagogischen Fachkräften der freien Träger macht die Struktur leistungsfähig.

WAS GEHT VERLOREN, WENN DIE STELLEN WEGFALLEN?

Weniger Engagement: Ohne Beratung, Begleitung und Qualifizierung brechen Ehrenamtliche weg oder ziehen sich zurück.

Weniger Unterstützung für Geflüchtete: Wichtige niedrigschwellige Anlaufstellen und Unterstützungsangebote verschwinden.

Weniger Vernetzung: Bewährte Kooperationen zwischen Ehrenamt, Trägern, Verwaltung und Zivilgesellschaft werden geschwächt.

Mehr Belastung für die Verwaltung: Was heute durch Koordination und Vermittlung bei den Freien Trägern abgefangen wird, landet künftig häufiger bei den städtischen Behörden.

Verlust von Know-how: Mit den Stellen gehen Erfahrungswissen, gewachsene Netzwerke und schnelle Reaktionsfähigkeit verloren.

Hohe Folgekosten: Was heute als Kürzung erscheint, kann morgen durch zusätzliche Verwaltungsarbeit, Konflikte und fehlende Prävention teuer werden.

Die Kosten der 13 halben Stellen liegen im Haushalt 2026 bei rund **540.000 €**.

Das ist kein Luxus, sondern eines der zentralen Unterstützungssysteme der Kölner Geflüchtetenarbeit.

UNSERE FORDERUNG: MINDESTSTANDARDSTELLEN ERHALTEN!

Die Koordination der ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit muss auch ab 2027 gesichert sein.



KÖLNER
FLÜCHTLINGSRAT

